

Sitzung des Stadtrates am 10. Mai 2010

Im Gegensatz zur letzten Sitzung des Stadtrates im März 2010 erwarteten die Ratsmitglieder diesmal, bei nur 52 Tagesordnungspunkten, eine kurze und unaufgeregte Sitzung. Und tatsächlich gab es nur wenige aufregende Themen, die am 10. Mai zur Beschlussfassung anstanden.

Unspektakulär wurde zunächst ein neuer **Schrittführer für den Rat** der Stadt gewählt und auf Vorschlag des Diakoniewerkes eine Umbesetzung im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschlossen.

Dann stand die Wahl eines Delegierten und eines Ersatzdelegierten zur Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen **Migrantenvertretungen NRW** (LAGA NRW) an. Der neu gewählte Integrationsrat, der mehrheitlich aus Mitte-Rechts-Bündnissen besteht, hatte intern beide Personen bereits gewählt, die der Rat nun abschließend bestätigen sollte. Die neue linke Ratsmehrheit, bestehend aus SPD, Grünen und Linken lehnte die vorgeschlagenen Personen jedoch ab, so dass zum jetzigen Stand kein Duisburger in diesem nordrhein-westfälischen Gremium vertreten sein wird.

Bei der Benennung von Mitgliedern für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit, von stimmberechtigten Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW und zur **Neubesetzung der Aufsichtsräte** der Duisburger Stadtwerke und des Klinikums hatten (wie üblich) nur die großen Fraktionen ausreichend Stimmen um Vertreter entsenden zu können. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies darf lediglich als Gast zum Städtetag mitreisen.

Die **Jahresabschlüsse** 2009 von Stadtwerken, DVG, FrischeKontor und Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV) wurden einstimmig zur Kenntnis genommen und die Aufsichtsräte entlastet. Lediglich beim Beschlusspunkt, bei dem die FrischeKontor GmbH 50.000 Euro an die Stadt als Gesellschafterin ausschütten sollte, enthielt sich die FDP-Fraktion der Stimme.

Einstimmig und mit deutlichem Gewinn wurde die „**Logport Logistik-Center Duisburg GmbH**“ an die „Duisburger Hafen AG“ (duisport) verkauft. Diese Gesellschaft hat in der Vergangenheit die Flächen von Logport I (Kruppgelände in Rheinhausen) und Logport II (Sudamin-Gelände in Wanheim) saniert und wird nun nicht mehr benötigt. Für die städtischen Geschäftsanteile in Höhe von 7.669,38 Euro bezahlt die „Duisburger Hafen AG“ (duisport) 43.418,15 Euro.

Um die (gegen die Stimmen der FDP bereits beschlossene) **ÖPNV-Kooperation** zwischen Duisburg, Essen und Mülheim voranzutreiben, müssen nun wieder Gesellschaften zusammengelegt und vereinigt werden, die in früheren Zeiten bewusst getrennt wurden. So wurde in dieser Ratssitzung die Verschmelzung der VSD (Verkehrs-Service-Duisburg GmbH) auf die DVG beschlossen. Der VSD, als Tochtergesellschaft der DVG, gehörten bisher alle 40 städtischen Busse. Die ehemaligen Tochtergesellschaften der VSD, die WFD (Werkstatt und Fuhrpark GmbH) und die BVD (BusVerkehr Duisburg GmbH) gehen ebenfalls in der DVG auf.

Interessanter wurde es, als der „Satzungsbeschluss zur Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern“ auf der Tagesordnung stand. Was nichts anderes bedeutet, als die Anhebung der Duisburger **Gewerbsteuer auf 490 %**, den höchsten Satz, den eine Kommune in Nordrhein-Westfalen hat. Die grundsätzliche Entscheidung zur Anhebung hatten SPD, Grüne und Linke bereits bei den Haushaltsberatungen im März getroffen, nun aber musste der Rat dies offiziell in Form einer Satzung beschließen. CDU, DWG und FDP nutzten nochmals die Gelegenheit gegen diese Entscheidung zu argumentieren. Eine Firma, die bisher jährlich ca. 1,9 Mio. Euro Gewerbesteuern an die Stadt gezahlt hat, hat bereits öffentlich angekündigt, bei einer Anhebung den Standort zu verlassen. Die Fraktionsvorsitzende der CDU, Petra Vogt erläuterte, dass durch die Anhebung auf 490 % im diesem Fall eigentlich jährliche Mehreinnahmen von 50.000 Euro zu erwarten gewesen wären, aber durch den Wegzug der Firma nun 1,9 Mio. Euro weniger zu erwarten sind.

In Erwartung die Mehrheiten zu 'brechen' beantragte die DWG-Fraktion eine **geheime Abstimmung**. Rechtsdezernent Rabe erläuterte, dass zur Beantragung einer geheimen Abstimmung 20% der anwesenden Ratsmitglieder erforderlich seien, also mindestens 15 Stimmen. Auf weitere Nachfrage des Oberbürgermeisters stimmte auch die FDP-Fraktion und Ratsherr Happel (BürgerUnion) dem Antrag auf geheime Abstimmung zu, nicht jedoch die CDU-Fraktion. Somit war dieser Antrag mit nur 7 Stimmen nicht zulässig. SPD, Grüne und Linke beschlossen dann einmütig die vermutlich folgenschwere Erhöhung der Gewerbesteuer auf ein Niveau von München, Berlin oder Hamburg.

Ebenso wurden in dieser Ratssitzung die **Erhöhung der Eintrittspreise** für Sprechveranstaltungen (Schauspiel) im Theater Duisburg, die Erhöhung der Eintrittspreise für Konzerte der Philharmoniker und eine Erhöhung der Entgelte für das Stadtarchiv der Stadt beschlossen. Nur die FDP stimmte als einzige Fraktion gegen diese Erhöhungen. Die konsequente Argumentation: wenn der Stadtrat bereits vor Jahren den Einnahme- und Einsparvorschlägen der FDP gefolgt wäre (Privatisierungen, Anteilsverkäufe etc.), dann wären alle Belastungen der Bürger durch Streichung von Leistungen und Erhöhung von Gebühren und Eintrittspreisen jetzt nicht nötig.

Ebenfalls als einzige Fraktion stimmte die FDP gegen ein **Konzept zur Steuerung von Vergnügungsstätten**, dass laut Beschlussvorlage mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist und bei dem bereits vorher feststeht, dass die Ansiedlung von Vergnügungsstätten (Spielhallen- und Casinos, Tanzlokale und Cafés, Stripteaselokale und Sexkinos etc.) abschließend sowieso immer über die Baunutzungsverordnung geregelt werden muss.

Unter den 10 zu beschließenden Bebauungsplänen und Veränderungssperren in Obermarxloh, Röttgersbach, Mittelmeiderich, Homberg, Altstadt, Neudorf-Süd, Wanheimerort, Wanheim-Angerhausen und Huckingen-Angerbogen war auch die harmlos klingende Aufstellung eines **Bebauungsplanes am ehemaligen Schacht Walsum** „versteckt“. Die Ausweisung dieses Bereichs zu einem „Gewerbegebiet“ beinhaltete nämlich auch, dass damit auch jegliche Erweiterung des dortigen Kraftwerks verhindert würde, da es sich bei dieser Fläche derzeit noch um ein „Industriegebiet“ handelt. Unserem Bundes- Landes und Kommunalwahlprogramm entsprechend, stimmte die FDP-Fraktion gegen diese „Verhinderungsplanung“, alle

anderen Ratsfraktionen stimmten zu. Die anderen 9 Bebauungspläne und Veränderungssperren wurden einstimmig beschlossen.

Weiterhin wurden einstimmig und kommentarlos eine neue „Prüfungsordnung für Angestellte im kommunalen Verwaltungsdienst“ und eine Änderung der „**Satzung über die Wochenmärkte**“ beschlossen, was bedeutet, dass der Markt in Baerl (mangels Interesse) geschlossen wird und in Wedau und Huckingen neue entstehen werden.

Ein weiteres Thema war die „**Erweiterung des Jugendparlamentes**“ in Duisburg. Zur Abstimmung standen entweder die Einrichtung von 7 neuen Jugendparlamenten (je Stadtbezirk einem) oder als Variante 2, die Einrichtung von nur 3 Jugendparlamenten im Westen, im Norden und in Mitte-Süd der Stadt. Oberbürgermeister Sauerland ließ zunächst über die dritte Alternative des Beschlussvorschlages abstimmen, nämlich die komplette Ablehnung der Erweiterung eines Jugendparlamentes, wegen der aktuellen Haushaltslage unserer Stadt. Für diese Ablehnung stimmten die CDU, der Oberbürgermeister und Ratsherr Happel. Alle anderen waren gegen die Ablehnung, befürworteten somit die Ausweitung der Jugendparlamente auf 7 Stadtbezirke. Die FDP enthielt sich bei diesem Beschluss der Stimme.

Eine ähnlich komplizierte Abstimmung erfolgte im Zusammenhang mit einem Maßnahmenkatalog in Höhe von 200.000 Euro zu **Kinder- und Jugendschutz** in Duisburg. Dem Alternativbeschlussvorschlag, nämlich die Ablehnung des Maßnahmenkataloges wegen der schlechten Haushaltslage stimmte keine Fraktion zu. FDP und Oberbürgermeister enthielten sich der Stimme, alle anderen beschlossen die vorgeschlagenen Maßnahmen, bei denen viele Vereine und Sozialverbände für ihre Arbeit und Projekte bis zu 15.000 Euro erhalten. Das gleiche Abstimmungsverhalten gab es bei der „Erhöhung des Ansatzes für Transferleistungen im Produkt 60202“, womit die **Einrichtung von 8 Streetworkerstellen** und 2 Personalstellen für die ‚Arbeit zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs‘ gemeint waren. Die Transferleistungen betragen in diesem Fall zusätzliche 520.000 Euro.

Hinter der Formulierung „**Einführung einer neuen Abgabe auf entgeltliche Übernachtungen im Stadtgebiet Duisburg**“ versteckte sich die Einführung einer kommunalen Bettensteuer in Hotels. Also ein Steuer-Aufschlag von 5% auf jedes Bett und jede Übernachtung, die von den Hotelbetreibern an die Stadt zu entrichten ist. Die Hotelbetreiber wiederum sollen sich diesen Aufschlag von den Hotelgästen durch Preiserhöhungen ‚zurückholen‘. Hierbei handelt es sich nicht um eine „Kulturabgabe“, wie dieser Aufschlag oft genannt wird. Die Verwaltungsvorlage erläutert, das eine kommunale Abgabe in dieser Form ausschließlich der Erzielung von Einnahmen dient, mit keiner Gegenleistung und auch keiner Zweckbindung verbunden ist. Die Verwaltung rechnet mit jährlichen Einnahmen in Höhe von 1,2 Mio. Euro. Die Idee stammt von SPD, Grünen und Linken, die diese Abgabe gegen die Stimmen der FDP, CDU, OB, DWG und BU beschlossen haben. Natürlich muss nun erst geklärt werden, ob es rechtlich möglich ist, dass ein Stadtrat Steuern in dieser Form beschließen darf und ob die Bezirksregierung, als oberste Finanzaufsicht, dieser Maßnahme zur städtischen Haushaltskonsolidierung zustimmt.